

Sind Tafelnutzende »Kunden« – und sollten sie deshalb bei der Tafel zahlen?

STEPHAN LORENZ

Die Bezeichnung »Kunde« für Tafel-NutzerInnen ist bei den Tafeln weit verbreitet. Gleichwohl ist nicht sofort einleuchtend, warum und was das genau bedeutet. Denn schließlich sind die Tafeln keine Produktions- oder Handelsunternehmen und die NutzerInnen sollen sich – laut Tafelgrundsätzen – höchstens symbolisch an den Lebensmittelkosten beteiligen.

Eine mögliche Deutung ist, dass von KundInnen gerade deshalb die Rede ist, weil die Tafel-NutzerInnen eigentlich keine KundInnen sind und weil ihre Konsummöglichkeiten im Alltag stark eingeschränkt sind. Es handelt sich so gesehen um einen Anerkennungs- und Protestbegriff, und es werden damit Ansprüche an die eigene Tafel-Arbeit gestellt. Die mit der Anrede als »Kunden« formulierte Anerkennung fordert die (Wieder-)Herstellung einer Marktintegration. Sieht man in den NutzerInnen KundInnen, begegnet man ihnen nicht als bloß zu versorgenden Bedürftigen. Man achtet sie als Marktteilnehmende auf Augenhöhe. Sie sollten, wie es der gesellschaftlichen Normalität entspricht, also wie alle anderen auch, einfach einkaufen gehen können, um ihre Lebensmittel zu bekommen. Freilich wird man Lösungen für die Spannungen zwischen dem Anerkennungs-begriff und dem faktischen Gegenteil finden

müssen. Denn hätten die Tafel-NutzerInnen tatsächlich einen unbeschädigten gesellschaftlichen Kunden-Status, würden sie gerade nicht zur Tafel gehen, sondern in den nächsten Supermarkt.

Letztlich wird man die NutzerInnen selbst fragen müssen, warum sie zur Tafel kommen und was sie dort wollen. Was ist ihr Bedarf, inwiefern trifft sich dieser mit den Vorstellungen der Tafeln und können diese ihre Ansprüche auch einlösen? In einigen Studien wurden zwischenzeitlich bereits unterschiedliche Zugänge zu den Tafeln beschrieben (vgl. Igl u.a. 2008, Selke 2008, Molling 2009). Aus sechs eigenen NutzerInnen-Interviews mit möglichst unterschiedlichen Perspektiven auf die Tafeln, ließen sich in meinen Forschungen zwei Typen herausarbeiten. Diese stehen für die m.E. wichtigsten Anliegen, die sich für die NutzerInnen mit den Tafeln verbinden, und sie korrespondieren zugleich mit bestimmten Vorstellungen bei den Tafeln selbst. Der eine Typus sei hier nur benannt, nämlich die *Tafelnutzung als Zugehörigkeit*. Hier steht die Möglichkeit von sozialer Begegnung, von Entfaltungschancen und wechselseitiger Anerkennung im Zentrum des Tafelzugangs (vgl. dazu meinen »Ansprüche«-Beitrag in diesem Band).

Den anderen Typus nenne ich die *Tafelnutzung als kalkulierte Option*, die dem »Kunden«-Verständnis der Tafeln korrespondiert. Diesen möchte ich im Folgenden an exemplarischen Auszügen aus einem Interview mit Frau K. vorstellen und diskutieren.¹ Frau K. geht es wesentlich darum, die Lebensmittelangebote in Anspruch zu nehmen, um ihre Haushaltskasse zugunsten anderer Ausgaben zu entlasten. Allerdings ist ihr die Beeinträchtigung ihres gesellschaftlichen Kunden-Status sehr bewusst. Die Simulation eines »KundInnen«-Verhältnisses durch die Tafeln empfindet sie deshalb eher als zusätzliche Demütigung und keineswegs als würdevollen Umgang oder anerkennende Begegnung auf Augenhöhe. So wird sich zeigen, dass die Tafeln mit ihrem »Kunden«-Begriff durchaus etwas Richtiges

1 Frau K. lebt mit Lebenspartner und drei Kindern in einer sächsischen Stadt mittlerer Größe. Das Interview mit ihr wurde Anfang 2009 geführt; alle persönlichen Angaben wurden anonymisiert. Die Zitate wurden um der Lesbarkeit und teilweise der Anonymität willen moderat der Schriftsprache angepasst.

treffen, aber auf diese Weise weder »KundInnen« hervorbringen noch notwendig Anerkennung vermitteln können.

Zur Kalkulation der Tafelnutzung

Interviewbeginn

Interviewer: Gut, dann würde mich einfach zuerst interessieren, wie Sie überhaupt auf die Tafeln aufmerksam geworden sind.

Frau K.: Na, durch unsere finanzielle Situation.

Die Interviewerfrage eröffnet Frau K. Möglichkeiten, inhaltlich zunächst eher unverbindlich und unpersönlich zu bleiben. Sie könnte einen distanzierten Bericht zum Bekanntwerden mit den Tafeln liefern und sich gewissermaßen über Umwege, z.B. über Dritte, dem Interviewthema, also der eigenen Tafelnutzung nähern. All dies macht sie aber nicht, sondern Frau K. geht direkt, ohne Umschweife auf das Thema zu. Sie zeigt einen aktiven Problemzugang. Dabei bleibt sie allerdings tatsächlich distanziert, insofern sie noch gar nicht von Problemen spricht, sondern sehr versachlicht und abstrakt von »*finanzieller Situation*«. So kommen bereits zu Beginn zwei Aspekte zum Tragen: ein sachlicher, aktiver Umgang mit Problemen, wie auch die Vermeidung einer konkreten, persönlich-emotionalen Bezugnahme darauf (z.B. »wir hatten Geldsorgen« o.ä.). Anders formuliert: Sie benennt zuerst die »*finanzielle Situation*« als Grund, aber noch nicht die konkreten Gründe und Bezüge der »*finanziellen Situation*«. Üblicherweise ist es das persönlich Unangenehme – erst recht gegenüber dem unvertrauten Interviewer –, das emotional auf Abstand gehalten wird. So zeichnet sich schon zu Beginn ein aktiv-pragmatischer Zugang zu den Tafeln ab: Frau K. nimmt die Sache in die Hand. In diesem Sinne, so wird es sich im Folgenden bestätigen, bieten die Tafeln eine zusätzliche, aber nur für eine möglichst kurze Übergangszeit genutzte Hilfoption in einer finanziell schwierigen Situation. Die Tafeln bieten offensichtliche Vorteile, die in Anspruch genommen werden können; dass sie es werden resultiert aber aus einer als unangenehm erlebten Notwendigkeit heraus.

Wir haben ja drei Kinder. (I: ja) Hm. Und ist ja so bei dem Arbeitslosengeld, man kommt vorne und hinten nicht hin.

Die »*finanzielle Situation*« wird nun nach Ausgabe- und Einnahmeseite hin erläutert: »*Kinder*« kosten Geld, das aber als »*Arbeitslosengeld*« nicht ausreichend zur Verfügung steht. Der abstrakte erste Zugang wird im Sinne alltagsweltlicher Probleme konkretisiert, die am Anfang der Tafelnutzung stehen. Freilich gehen nicht alle, die mit »*drei Kindern*« leben und arbeitslos sind, zur Tafel. Für Frau K. jedenfalls tritt das »*Arbeitslosengeld*« als allgemeingültiger Sachzwang auf: es »*ist so*« dass »*man*« mit »*dem*« Geld nicht auskommen kann. Das »*finanzielle*« Problem ist die Versorgung der »*Kinder*«, die Ursache liegt in der Höhe des »*Arbeitslosengeldes*«, worauf man keinen Einfluss nehmen kann.

Die Handlungsspielräume liegen an anderer Stelle, worin sich der pragmatische Zugang ausdrückt:

Entweder man kann nur Essen kaufen und kann den Kindern keine Bekleidung kaufen (I: hm), weil's eben nicht reicht. Oder, und da sind wir dann auf die Idee gekommen und sind eben zur Tafel gegangen. (I: hm)

Im Rahmen der von Frau K. gesehenen objektiven Möglichkeiten (»*man*«) kalkuliert sie: »*entweder*« muss am »*Essen oder*« an der »*Kinderbekleidung*« gespart werden. Es ist dann die eigene »*Idee*«, die »*Tafeln*« als Option auszuwählen und sich aktiv zu erschließen (»*zur Tafel gegangen*«). Wenn sich durch Tafelnutzung beim »*Essen*« sparen lässt, dann bleibt mehr für »*Kleidung*«, so dass beides möglich ist. Damit ist also eine pragmatische Lösung gefunden, womit zugleich deutlich wird, dass es sich nicht um ein »*Hungerproblem*« handelt. Armut ja, aber von »*Ernährungsarmut*« zu sprechen, wie häufig im Zusammenhang mit den Tafeln, würde das Problem unzulässig verkürzen. Würden die Tafeln beispielsweise primär Kleidung anbieten (»*Kleidungsarmut*«?!), wäre dies halt für Frau K. die Möglichkeit zu sparen und mehr für Essensausgaben zur Verfügung zu haben. Dass die Tafeln Lebensmittel ausgeben liegt an der Möglichkeit, diese einsammeln und anbieten zu können, aber nicht primär an einem als solchem notwendigen Lebens-

mittelbedarf bei den NutzerInnen. Das Beispiel zeigt, dass die Rede von der Ernährungsarmut »anbieterdefiniert« ist.

Ja, und das geht so eigentlich ganz gut. Also wir, mir reicht's, wenn wir einmal in der Woche gehen. Es gibt aber auch Leute, die gehen dann wirklich mehrfach die Woche und schmeißen lieber die Hälfte weg, wenn sie zu Hause sind. Also man kriegt soviel, dass es eigentlich über 'ne ganze Woche reicht, wenn man einmal geht.

Die kalkulierte Lösung geht auf, sogar »ganz gut«. Dabei könnte es Frau K. – pragmatischerweise – belassen. Es werden jetzt aber noch Angemessenheitskriterien verhandelt, in welchem Umfang die Tafeln in Anspruch genommen werden bzw. werden dürfen. »Einmal in der Woche« entlastet dann entsprechend finanziell so weit, dass genügend für Kleidung (oder anderes) bleibt. Was zunächst für sie selbst ausreichend ist (»wir/mir«) wird dann als allgemeingültiges Kriterium behauptet (»man kriegt soviel/wenn man«). Damit setzen Rechtfertigungen ein, die über eine pragmatisch kalkulierte Lösung hinaus weisen. Hier macht sich geltend, dass es kein »neutrales«, isoliertes Kalkül gibt, sondern dass, wie eingangs bemerkt, eine unangenehme Situation zu bewältigen ist. Selbst wenn das Kalkül individuell aufgeht, bleibt es nach »außen« erklärungs- und rechtfertigungsbedürftig. Das Problem erwächst also nicht allein aus der individuellen Situation, sondern aus von außen kommend wahrgenommenen Anforderungen, die individuelle Problemlösung noch zu rechtfertigen.

Bewältigt wird dies einmal, indem das eigene Handeln als nach allgemeingültigen Maßstäben gültiges präsentiert wird: »man« nimmt nur »soviel«, dass es nach objektiv prüfbaren Kriterien »reicht«. Zum anderen und ihre eigene Legitimität verstärkend grenzt sich Frau K. von anderen »Leuten« ab, deren Handeln sich nicht rechtfertigen lasse. Frau K. handelt so, wie allgemeingültig richtigerweise zu handeln ist, im Gegensatz zu anderen, die das nicht tun, weil sie mehr als angemessen nehmen und verantwortungslos damit umgehen (»wegschmeißen«).

Tatsächlich haben soziale Hilfebeziehungen strukturell das Problem der Asymmetrie: hier die Helfenden, da die Hilfesuchenden. Das wirft Fragen wechselseitiger Anerkennung auf. In diesem Sinne ist es plausibel, dass Frau K. gewissermaßen ei-

nen eigenen Beitrag leisten will, dass sie Wechselseitigkeit (Reziprozität) dadurch zu erreichen sucht, dass sie Hilfen nur ausnahmsweise und verantwortungsvoll in Anspruch nimmt. Die Behauptung von Allgemeingültigkeit (was für mich reicht, reicht für alle anderen ebenso) und die daran orientierte Abgrenzung von anderen gehen freilich darüber hinaus und auf Kosten anderer. Der Rechtfertigungsdruck wird in eine Konkurrenz darum überführt, wer der letztgültigen Autorität allgemeinverbindlicher Maßgaben entspricht und wer nicht.

Die Bedeutung des Kunden-Status

Frau K. ist mit der Tafel grundsätzlich zufrieden und findet diese »*schon 'ne sehr gute Idee*«. Auf die Frage danach, was »*Besserungen*« sein könnten, bezieht sie das auch nicht zuerst auf verbesserte Tafeln, sondern zuerst auf andere Sozialpolitik bzw. stärker staatlich organisierte und garantierte Unterstützung. Im folgenden Zitat wird die Ausgrenzungserfahrung in Form des Verlusts des Kunden-Status besonders deutlich. Ebenso zeigt sich, dass die Konstruktion des »Tafel-Kunden« durch die Tafeln nicht tragen kann.

- I: Können Sie sich Besserungen vorstellen, was irgendwie vielleicht besser wäre?
- K: Na, wenn der Staat wieder mal irgendwie in der Hinsicht mal sich was einfallen lassen würde. (I: ja) Also da war's ja früher noch besser, wo's Sozialamt gab und man hat Sozialhilfe bekommen. (I: hm) Dann konnte man auch mal sagen: Ich kann mal schnell ein Bett kaufen. Dann hat man das Geld gekriegt. Jetzt rennt man ja ewig rum. (I: hm) Und wenn ich an der Tafel einkaufe, dort, na ja, in dem Möbelkaufhaus ist das ja meist noch teurer, als wenn ich zu [Name Möbeldiscounter] fahre oder [Name weiteren Möbeldiscounters] sonst wohin und kriege das für die Hälfte vom Preis. Und das zehnte Mal [?] kriegen die das dahinten geschenkt und machen sich dann noch 'n Reibach draus. Das ist das Schlimme. (I: hm) Also da wär's wirklich praktisch, wenn's noch so was gäbe wie Sozialamt, wo man dann Bekleidungs-geld für die Kinder gekriegt hat und einmal im Jahr Möbel-geld, falls irgendwas war. (I: hm) Und nicht wie jetzt, bei jedem Tod und Teufel erstmal monatelang rennt und zum Schluss sagen: Ihnen steht noch nicht mal 'n zinsloses Darlehen zu. Machen

wir nicht. Dann sparen sie sich das Geld ab. (I: hm) Und wo soll man's denn noch absparen? (I: ja) Das ist ja das Schlimme, ne. Also müsste wirklich der Staat mal wieder was für die Leute tun.

Das Beispiel des Bettes wurde von Frau K. bereits vorher im Interview eingeführt, dass nämlich auch mal ein Bett der Kinder kaputt gehen könne, was ein größeres finanzielles Problem darstellt. Die Frage ist dann, wie sich dieses Problem bei knappen Ressourcen lösen lässt. Nach Frau K.s Erfahrung besser in Form der vormals gezahlten »Sozialhilfe« als auf Basis des Arbeitslosengeldes II (ALG II, Hartz IV),² aber – und das ist hier entscheidend – eben auch als auf Basis wohltätiger Tafelarbeit. Sich »mal schnell ein Bett kaufen« zu können und dafür über das notwendige »Geld« zu verfügen ist das, was Frau K. gern würde, aber nicht kann. Darin drückt sich der beschädigte Kunden-Status aus. Denn Marktintegration würde genau das bedeuten, den eigenen Bedarf als Konsumentin »schnell« befriedigen zu können, das heißt bei Bedarf einfach in ein entsprechendes Geschäft zu gehen und zu kaufen, d.h. mit »Geld« zu bezahlen. Dabei geht es hier nicht um besondere Anschaffungen oder Wünsche, sondern um sehr Basales. Denn ein »Bett« kann als elementarer gesellschaftlicher Standard betrachtet werden: üblicherweise schlafen Menschen hierzulande in »Betten« und verbringen darin somit etwa ein Drittel des Tages, Kinder sogar mehr. Dass Frau K. »Möbeldiscounter« benennt, besagt weiter, dass die Befriedigung dieses Bedarfs an einem »Bett« auf niedrigstem Kostenniveau angestrebt wird. Auch der billigste »Kauf« wäre immer noch eigenständiger »Kauf«, das heißt die erfüllte Teilhabemöglichkeit am Markt als Konsumentin.

Der Verlust dieses Konsumentinnen-Status entlässt Frau K. nicht einfach in passive Armut, sondern fordert von ihr zusätzliche Anstrengungen – zusätzlich deshalb, weil sie zur Bedarfsbefriedigung notwendig sind, sie aber keineswegs näher an eine autonome Kundenposition bringen. Das kann man arbeitsmarktpolitisch »Aktivierung« nennen, führt aber faktisch nicht zu nachhaltigen Effekten eigenständiger Versorgung über Ar-

2 So ist zu sehen, dass die neuere Arbeitsmarktpolitik in der Erfahrung von Frau K. den Kunden-Status mehr beschädigt als die frühere Sozialhilfe.

beit und Konsum. »Ewig/monatelang rum rennen« zu müssen heißt, nicht einmal den elementaren Bedarf dann befriedigen zu können, wenn er ansteht. Sie bezieht das zum einen auf die Behörden der Arbeitslosigkeitsverwaltung, die sich im Gegensatz zum »Sozialamt« für nicht zuständig erachten, Frau K. keine praktikable Alternative bieten (z.B. »Darlehen«), sondern sie nur auf ihre Eigenverantwortlichkeit verweisen (»sparen«).³ Das zuerst genannte »rum rennen« lässt sich zum anderen auf die »Tafeln« bzw. das »Möbelkaufhaus«, beides von Frau K. in eins gesetzt, beziehen. Die Tafel, auf die sie Bezug nimmt, bietet Second-Hand-Waren an, u.a. Möbel. Ohne dass das hier ausgeführt wird, lässt sich annehmen, dass es darum geht, dass im Second-Hand-Bereich nicht immer ein Vollsortiment verfügbar ist, wie üblicherweise im »Discounter«. Die akute Bedarfsbefriedigung und der Kunden-Status scheitern nicht allein am »Geld«, sondern auch am Angebot. Gegebenenfalls muss man eben »ewig rum rennen«, bis Second-Hand ein entsprechendes, vielleicht noch für Kinder taugliches »Bett« verfügbar ist – und vielleicht warten auch noch andere auf diese Gelegenheit. Bei meinem eigenen Besuch bei der Tafel, im Rahmen der Datenerhebung, gab es dort beispielsweise kein Bett.

Ohnehin ist es aus Sicht Frau K.s unangemessen, dass die »Tafeln«/das »Möbelkaufhaus« die Waren zwar »geschenkt« bekommen, sie dann aber – überteuert – verkaufen (»sich dann noch 'n Reibach draus machen«).⁴ Dies stellt die gängige Tafelpraxis in Frage, ihre »KundInnen« an den Kosten zu beteiligen, wenn auch nur zu einem »symbolischen« Preis. Eine häufig vertretene Idee dabei ist, dass die Kostenbeteiligung eher die

3 Das Arbeitsamt, das bei Frau K. weder Agentur heißt noch von den ARGen unterschieden wird, hat im Gegensatz zum Sozialamt keinen weiter gehenden sozialen Auftrag. Für Frau K. heißt das: »Und das Arbeitsamt, das stellt dann auf stur. Das hat eben seinen Satz und gut, alles andere geht's nichts an.«

4 Dass die Second-Hand-Waren dort teurer als im Discounter wären, wie Frau K. angibt, lässt sich als Regel kaum bestätigen. Möglich könnten Fälle sein, bei denen besonders hochwertige Second-Hand-Möbel tatsächlich teurer sind als Sonderangebote im Discounter. Hier geht es eher darum, die erlebte Benachteiligung besonders drastisch zu artikulieren und die Untauglichkeit eines Marktersatzes durch die Tafeln zu betonen.

Möglichkeit eines würdigen Umgangs biete, weil die »KundInnen« dann selbst etwas beitragen, also nicht nur Empfangende und BittstellerInnen seien. Frau K. ist sehr klar, dass sie ihren Konsumentinnen-Status weitestgehend verloren hat, aber die Simulation eines Kundenverhältnisses, indem »Geschenktes« an die TafelnutzerInnen weiter verkauft wird, erlebt sie keineswegs als würdigen Umgang. Vielmehr sieht sie sich dadurch nur ein weiteres Mal benachteiligt, nachdem sich bereits die sozialstaatliche Unterstützung als unzureichend erwies. In ihrer Studie berichtet Molling (2009: 191) von nur einer ihrer zwanzig Befragten, dass sie mit symbolischen Zahlungen die Legitimität ihres Gangs zur Tafel verbinde und deshalb »nicht das Gefühl habe zu betteln«.

So zeigt sich, dass die Tafeln mit ihrer Rede von den »KundInnen« insofern richtig liegen, als sie auf ein ganz zentrales Problem mit einem Anerkennungs-begriff zu reagieren versuchen. Gleichwohl können sie den beschädigten Konsum-Status mit ihrer Arbeit eben gerade nicht ersetzen. Bei den Tafeln selbst können die NutzerInnen keine »KundInnen« sein. Hier kann die vermeintliche Anerkennung als »Kundin« leicht zum Gegenteil, zu zusätzlicher Demütigung führen. Die Tafeln können es nur begrenzt und indirekt, insofern sie das eingangs dargestellte Kalkül ermöglichen, indem sie also Entlastung in der Haushaltskasse bieten, womit den NutzerInnen andere Konsum-Optionen eröffnet werden. So lässt sich wenigstens zum Teil den Konsumstandards und -zwängen gerecht werden:

- K: (...) also ich nehm' das wirklich in Anspruch, dass ich sparen kann, um den Kindern mal was zu kaufen. Es ist ja, grade bei den Großen (...) Und für die Großen da mal was kaufen kann. Es ist ja auch so, man kann sie heute nicht mehr nur in Aldi-Sachen rumlaufen lassen, da werden sie auf der Straße verprügelt. (I: ja) Ich mein', wenn man so wie meine Mittlere ist, die sich dann auch schnell mal wehrt, dann ist es eben schon mal gut, wenn man irgendwo günstig 'ne Hose krieget, die auch nicht aussieht wie billig und die bisschen mit der Mode mitgeht. Und dann, dafür sparen wir eben immer. (I: ja) Das Geld, was wir da nicht brauchen in dem Moment für Lebensmittel ausgeben, das sparen wir dann immer für die Kinder. (I: hm) Ja.
- I: Gibt's da sonst noch (...) irgendwie besondere Wünsche, die Sie hätten oder wofür Sie jetzt vielleicht sparen würden oder ...?

K: Nein, eigentlich nicht. (I: hm) Also wenn wir mal verreisen, dann fahren wir sowieso nur nach [Name der Stadt] zu meinem Bruder. Und das Geld wird eben am Monatsanfang schon genommen, und da wird 'ne Fahrkarte im Voraus gekauft. Dann sparen wir da auch noch mal. Und (...) mit unserm Sorgenkind, dann können wir eben nicht so lange und so weit weg. (I: ja) Also mir wär's, das einzige, was mir wichtig ist, dass der wieder auf die Beine richtig kommt, der Kleine. (I: ja) Und sonst sind wir eigentlich glücklich. (I: hm) Genau.

»Modische« Kleidungsanforderungen müssen erfüllt werden können, um den »Kindern« zusätzliche Ausgrenzungserfahrungen so weit als möglich zu ersparen. Gerade weil das »Glück« in hohem Maße am Wohl der Kinder hängt, werden die Ressourcen gezielt eingesetzt und Sparstrategien entwickelt. Dafür bietet die Tafelnutzung eine Möglichkeit.

Fazit

Bei dem exemplarisch vorgestellten Typus der *Tafelnutzung als kalkulierter Option* steht im Vordergrund, dass die Tafeln Möglichkeiten der Entlastung des Haushaltsbudgets bieten. Wenn nur geringe finanzielle Mittel verfügbar sind, dann bietet es sich an, Lebensmittel von der Tafel zu holen, so zu sparen und folglich Geld für andere Ausgaben verfügbar zu machen. Deshalb pauschal von »Ernährungsarmut« zu sprechen, orientiert sich mehr am Tafelangebot als am Problem der NutzerInnen. Denn würden die Tafeln andere Hilfeangebote machen – was ja häufig auch der Fall ist –, ließe sich eben dort sparen. Das zentrale Problem der Tafel-NutzerInnen ist hier ihr weitgehender Verlust des Konsumenten-Status: den eigenen Bedarf auf eigenständige Weise als MarktteilnehmerIn zu befriedigen.

In einer Gesellschaft, die sich in hohem Maße als Konsumgesellschaft begreift, ist das ein hoher Verlust, eine massive Ausgrenzung. Damit ist hier nicht gemeint, dass es an der Realisierungsmöglichkeit einer konsumistischen Haltung fehle, deren größtes Glück im Shopping besteht. Stattdessen geht es um ganz Basales auf niedrigstem Kostenniveau: auch der billigste Kauf ist immer noch eigenständiger Kauf.

Gegenüber den Tafeln funktioniert das allerdings nicht. Der Versuch der Tafeln, über eine quasi-ökonomische Sprache – v.a. die Bezeichnung der NutzerInnen als »KundInnen«, aber auch über »symbolische Preise« oder »Tafelläden« – eine Marktteilnahme zu simulieren, greift zu kurz. – Zumindes auf dieser Basis ist eine Kostenbeteiligung nicht zu begründen. – Denn die Tafeln sind kein besonders preisgünstiger Anbieter am Markt, sondern eine Hilfeeinrichtung *neben* dem Markt, und sie werden auch als eine solche wahrgenommen. Dies zu verschleiern kann zu zusätzlichen Demütigungen führen, weil es die NutzerInnen nicht ernst nimmt. Diesen ist sehr klar, so war es exemplarisch zu sehen, dass die Tafeln keine Marktanbieter sind; und ihnen ist klar, dass es allen anderen klar ist und dass sie als TafelnutzerInnen diejenigen sind, die nicht am Markt teilnehmen können und auch von allen anderen so wahrgenommen werden.

Die Bezeichnung als »KundInnen« verweist zwar tatsächlich auf das zentrale Problem der NutzerInnen, also auf den Verlust des KonsumentInnen-Status, verleiht aber deshalb noch keine Anerkennung. Auch liegt das Interesse der NutzerInnen (dieses hier vorgestellten Typs; zum zweiten vgl. meinen »Ansprüche«-Beitrag in diesem Band) tatsächlich darin, einfach nur anonym die Lebensmittel-»Angebote« zu nutzen – so wie man auch im Supermarkt einfach nur anonym auf die Angebote zugreift. Dennoch können die NutzerInnen bei den Tafeln selbst keine KundInnen sein; hätten sie einen unbeschädigten Kunden-Status, würden sie eben nicht zur Tafel gehen.

Eine Möglichkeit der Anerkennung ist nur gegeben, wenn Problemanalyse, Anerkennungsformen und sachliche Hilfeoptionen der Tafeln auseinander gehalten werden. Die Einschränkungen des KonsumentInnen-Status zu sehen und politisch zu problematisieren ist das eine, die NutzerInnen zu unterstützen das andere. Die Kundenrolle nur zu simulieren, belastet mehr, als dass es entlasten würde. Die Hilfemöglichkeit der Tafeln besteht in erster Linie in der Entlastung des Haushaltsbudgets der NutzerInnen, womit indirekt auch der KonsumentInnen-Status gestärkt werden kann: über die Einsparung von Lebensmittelkosten bleibt Geld für andere Ausgaben.

Literatur

- Igl, Gerhard u.a. (2008): Die Tafeln. Innenansichten aus dem Alltag einer sozialen Bewegung, Berlin.
- Molling, Luise (2009): »Die Berliner Tafel zwischen Sozialstaatsabbau und neuer Armenfürsorge«. In: Tafeln in Deutschland. Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention, hg. v. Stefan Selke, Wiesbaden, S. 175-196.
- Selke, Stefan (2008): Fast ganz unten. Wie man in Deutschland durch die Hilfe von Lebensmitteltafeln satt wird, Münster.